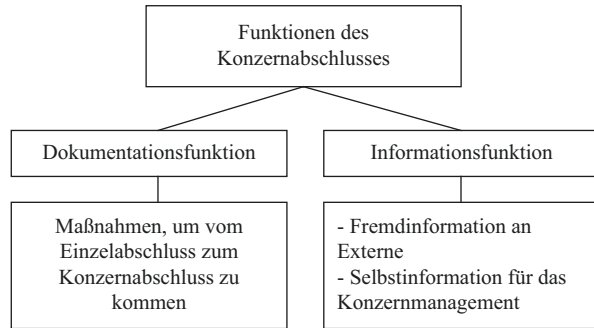

2.1 Notwendigkeit und Funktionen der Konzernrechnungslegung

Durch das Konzernverhältnis kann und wird das herrschende Unternehmen in die wirtschaftlichen Transaktionen des beherrschten Unternehmens eingreifen. So ist es in Konzernen üblich, dass verschiedene Stufen der Wertschöpfung in rechtlich selbstständigen Unternehmen angesiedelt sind (horizontaler Konzern). Hier kann das herrschende Unternehmen eine Warenlieferung unter den Herstellungskosten verlangen, was in dem liefernden Unternehmen zu Verlusten im Einzelabschluss und beim belieferten Unternehmen zu überhöhten Gewinnen führen würde. Außerdem bündeln viele Konzerne ihre Bestände an liquiden Mitteln (Cash Pooling) in einem zentralen Unternehmen, so dass die Liquiditätsposition im Einzelabschluss falsch dargestellt wird. Damit würde der Einzelabschluss zu verzerrten Informationen führen. Daneben kann es sich im Konzern ergeben, dass eine Lieferung zwischen einer Produktionsgesellschaft und einer Vertriebsgesellschaft im Einzelabschluss zu Gewinnen führt, die aber noch nicht durch einen Verkauf an Dritte objektiviert sind (vgl. Theisen 2000, S. 494). Wenn der VW Konzern zentral Komponenten bei Skoda in Tschechien produzieren lässt, die in Deutschland in Autos eingebaut werden, führen diejenigen Komponenten, die in noch nicht an Endkunden verkaufte Autos verbaut sind, trotzdem zu Gewinn bei Skoda. Sollte VW dieses Auto nie an einen Endkunden verkaufen und am Ende als unverkäuflich verschrotten, wird es diesen Gewinn für den Konzern aber nie geben. Insofern darf dieser bei Skoda ausgewiesene Gewinn im Konzern erst zum Zeitpunkt des endgültigen Verkaufs des Autos an einen Dritten gezeigt werden.

Die Konzernrechnungslegung soll die Mängel der Einzelbetrachtung in der Rechnungslegung beheben und bessere Informationen sowohl für interne (das Konzernmanagement) als auch für externe Adressaten (tatsächliche und potentielle Investoren)

Abb. 2.1 Funktionen des Konzernabschlusses. (Vgl. Buchholz 2016, S. 169)



bereitstellen (vgl. Gräfer und Scheld 2016, S. 5). Dazu ist es notwendig, die wirtschaftliche Einheit des Konzerns darzustellen. Deshalb verlangt § 297 Abs. 3 Satz 1 HGB:

Im Konzernabschluss ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der einbezogenen Unternehmen so darzustellen, als ob diese Unternehmen insgesamt ein einziges Unternehmen wären.

Mit dieser Entfernung von der rechtlichen Realität, der vielen Unternehmen, als Grundlage für den Einzelabschluss, zur wirtschaftlichen Realität, der wirtschaftlichen Einheit des Gebildes „Konzern“ kann der Konzernabschluss die Informationsfunktion besser erfüllen als die Einzelabschlüsse der Konzernunternehmen.

Daneben hat der Konzernabschluss eine Dokumentationsfunktion. Da die einzelnen Geschäftsvorfälle auf Ebene der Einzelgesellschaften dokumentiert werden, beschränkt sich die Dokumentationsfunktion auf Konzernebene auf die Überleitung von den Einzelabschlüssen zum Konzernabschluss, also darauf, welche Korrekturen notwendig waren, um die Forderung des § 297 Abs. 3 Satz 1 HGB, den Konzern wie ein einziges Unternehmen darzustellen zu erfüllen (vgl. Baetge et al. 2015, S. 49).

Der Konzernabschluss hat keine Funktion für die Ausschüttungsbemessung, diese ergibt sich aus dem Einzelabschluss der Unternehmen. Außerdem setzt die Besteuerung von Unternehmen an ihrem Einzelabschluss an. Damit ergibt sich im Konzernabschluss kein Konflikt zwischen steuerlichen Regeln und den handelsrechtlichen Vorschriften. Abbildung 2.1 fasst die Funktionen des Konzernabschlusses zusammen.

2.2 Pflicht zur Aufstellung des Konzernabschlusses

2.2.1 Das Control Konzept des HGB

Während im Aktiengesetz das Prinzip der einheitlichen Leitung konstituierend ist für das Vorliegen eines Konzerns, gilt im Handelsgesetzbuch seit Inkrafttreten des BilMoGs im Mai 2009 das Control Konzept als konstituierend für die Konzerneigenschaft. § 290 Abs. 1 überträgt die Pflicht zur Aufstellung des Konzernabschlusses dem Mutterunternehmen

mit beherrschendem Einfluss auf eine Tochtergesellschaft, sofern es eine Kapitalgesellschaft mit Sitz im Inland ist. Rechtsform und Sitz der Tochtergesellschaft ist dabei unbeachtlich. So kann eine Aktiengesellschaft mit Sitz in Berlin konzernrechnungslegungspflichtig durch eine Personengesellschaft mit Sitz in Großbritannien werden.

Was einen beherrschenden Einfluss ausmacht wird in § 290 Abs. 2 HGB weiter ausgeführt, was in Tab. 2.1 zusammengefasst wird.

Durch das BilMoG ist zum einen gestrichen worden, dass eine Beteiligung zwischen herrschendem und beherrschtem Unternehmen bestehen muss. Ebenso wurde der Begriff der einheitlichen Leitung gestrichen. Damit wird die Konzernrechnungslegungspflicht nicht mehr an formalen Voraussetzungen festgemacht, sondern allein an der Beherrschungsmöglichkeit des Mutterunternehmens angesetzt (vgl. Scheffler 2009, S. R 221). Von besonderer Bedeutung ist die neu hinzugekommene vierte Kategorie der Beherrschung. Damit wird die Lehre aus dem Zusammenbruch des Enron Konzerns gezogen, der seine wahre wirtschaftliche Lage verschleierte durch Zweckgesellschaften, die nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden mussten (vgl. Behringer 2013, S. 31). Auch in der deutschen Unternehmenspraxis wurden Zweckgesellschaften in der Vergangenheit so ausgestaltet, dass eine Konsolidierungspflicht nicht entstand. So haben die initiierten Unternehmen i. d. R. nur eine geringe Kapitalbeteiligung übernommen bzw. auf die Stimmrechte verzichtet. Damit galt keine Konsolidierungspflicht. In Zweckgesellschaften ausgelagerte Verbindlichkeiten waren somit nicht Teil der Konzernbilanz (vgl. Kümpel und Piel 2009, S. 14). Der Gesetzgeber hat die Änderung durchgeführt, um dies künftig zu vermeiden und dem Bilanzleser eine bessere Übersicht über die Finanzlage des Konzerns zu ermöglichen (vgl. Göllert 2008, S. 1165).

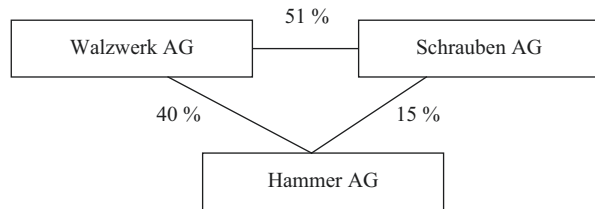
Bei der Berechnung der Stimmenmehrheit müssen auch indirekt gehaltene Stimmrechte einbezogen werden. In dem Beispiel in Abb. 2.2 haben weder die Walzwerk AG noch die Schrauben AG eine Mehrheit der Stimmrechte bei der Hammer AG. Rechnet man aber sowohl die direkte Beteiligung der Walzwerk AG als auch die indirekt über die Schrauben AG gehaltenen 15 % zusammen, so ergibt sich eine Mehrheit und damit eine Pflicht zur Einbeziehung in den Konzernabschluss.

Da die Walzwerk AG über die Mehrheit der Stimmrechte bei der Schrauben AG verfügt sind ihr diese Stimmrechte in voller Höhe zuzurechnen.

Tab. 2.1 Beherrschender Einfluss nach § 290 Abs. 2 HGB

Festlegung der Organmitglieder	Mutter ist Gesellschafterin und kann die Mehrheit der Mitglieder von Leitungs-, Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan der Tochter bestellen oder abberufen
Beherrschungsvertrag oder Satzung	Mutter hat einen Beherrschungsvertrag oder in der Satzung der Tochter wird der Einfluss der Mutter bestimmt
Zweckgesellschaft	Mutter trägt wirtschaftlich die wesentlichen Risiken und Chancen eines Unternehmens bzw. einer anderen juristischen Person oder eines Sondervermögens

Abb. 2.2 Beispiel zur Berechnung der Stimmrechte zur Feststellung eines beherrschenden Einflusses



In die Berechnung der Stimmrechte sind auch Stimmen einzubeziehen, die z. B. durch Vollmacht übertragen worden sind. Entscheidend ist mithin immer das Stimmrecht, nicht das Eigentum über das das Stimmrecht begründende Wertpapier.

Kann die Muttergesellschaft die Leitungs-, Verwaltungs- oder Aufsichtsorgane der Tochtergesellschaft besetzen, so ist ebenfalls ein beherrschender Einfluss gegeben. Bei einer Aktiengesellschaft sind dies die Organe (Aufsichtsrat und Vorstand). Dies ist gegeben, wenn die Mehrheit der Stimmrechte vorhanden ist, aber oft genügt für die Besetzung des Aufsichtsrates, der von der Hauptversammlung gewählt wird, eine weit geringere Stimmenzahl, da nicht alle Stimmen auf einer Hauptversammlung vertreten sein müssen.

Auf den Beherrschungsvertrag ist bereits in Kap. 1 eingegangen worden. Zudem kann sich ein herrschendes Unternehmen den Einfluss auf ein anderes Unternehmen in der Satzung sichern. Satzungsänderungen sind nur mit einer drei Viertel Mehrheit des bei der Hauptversammlung vertretenen Kapitals möglich (§ 179 AktG), so dass auch hier eine hohe Hürde eingezogen wurde, um zum Konzern dazuzugehören.

Zweckgesellschaften (special purpose vehicles) sind Gesellschaften, die für einen genau definierten Zweck gegründet worden sind. Beabsichtigt ist es meist, bestimmte Sachverhalte außerhalb des Rechnungswesens abzubilden. Dies geschieht meist dadurch, dass das initiiierende Unternehmen Vermögen an die Zweckgesellschaft überträgt und gleichzeitig das Recht zur Nutzung dieses Vermögens wieder zurückübertragen bekommt. Die Finanzierung der Zweckgesellschaft wird aber durch einen konzernexternen Investor vorgenommen. Obwohl der Konzern an der Zweckgesellschaft also nur unwesentlich oder gar nicht beteiligt ist bleiben bei ihm die wirtschaftlichen Chancen und Risiken, diese werden über Rechte geregelt, die dem Konzern einen beherrschenden Einfluss zubilligen (vgl. Küting und Mojadadr 2013, S. 589 ff.). Somit gehören Zweckgesellschaften betriebswirtschaftlich aber in den überwiegenden Fällen nicht rechtlich zum Konzern (vgl. Zwirner und Künkele 2009, S. 646). Der § 290 Abs. 2 HGB regelt die Konsolidierungspflicht verbindlich für alle Konzerne (vgl. Kessler et al. 2009, S. 559 ff.).

Die Vorschriften des HGB beziehen sich auf Kapitalgesellschaften. Die Konzernrechnungspflicht der Personengesellschaften ist im PubLG geregelt. Danach müssen Muttergesellschaften einen Konzernabschluss aufstellen, wenn sie die Kriterien des HGB erfüllen und zudem zwei von drei Kriterien an drei aufeinanderfolgenden Bilanzstichtagen überschritten haben (§ 11 PubLG). Tab. 2.2 fasst die Kriterien zusammen.

Tab. 2.2 Größenkriterien für die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses nach § 11 PubLG

Größenkriterien	Mio. €
Bilanzsumme	> 65
Umsatzerlöse	> 130
Durchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer	> 5,000

Die Größenkriterien des PubLG beinhalten bereits die zum Konzernabschluss vorzunehmenden Änderungen. Damit ergibt sich für Unternehmen die Problematik, dass sie einen Probekonzernabschluss machen müssen, um zu prüfen, ob sie der Pflicht des PubLG unterliegen.

2.2.2 Befreiungen von der Aufstellungspflicht im HGB

Die Aufstellungspflicht des § 290 HGB gilt im Grundsatz. Es gibt aber Befreiungstatbestände, die die Pflicht zur Aufstellung einschränken. Um die Rationalitätssicherung der Führung wirksam durchführen zu können, kann es aber auch in den Fällen, in denen eine Befreiung möglich ist, sinnvoll sein, einen Konzernabschluss zu internen Steuerungs- zwecken aufzustellen. Hier entfallen allerdings die aufwändigen und teuren Maßnahmen der Prüfung und Veröffentlichung.

International agierende Konzerne sind häufig mehrstufig aufgestellt. Dies bedeutet, dass es formal mehrere Konzerne gibt. Abbildung 2.3 gibt ein Beispiel für einen solcher- art aufgebauten Konzern.

Unterstellt, dass jeweils eine Mehrheit der Stimmrechte zwischen den einzelnen Konzernunternehmen der Schrauben und Nagel AG gegeben ist, sind in der Abb. 2.3 mehrere Konzerne abgebildet. Zum einen gibt es den Schrauben und Nagel Konzern, der alle sieben abgebildeten Unternehmen umfasst. Zum anderen sind die Schrauben AG mit ihrer französischen und dänischen Tochter ein weiterer Konzern. Des Weiteren bildet auch die britische Nagel Ltd. mit ihren französischen und dänischen Tochtergesellschaften einen Konzern. Die Konzerne auf der zweiten Stufe werden Teilkonzerne genannt.

Der Wortlaut des § 290 HGB gibt die Verpflichtung zur Aufstellung des Konzernab- schlusses an jedes inländische Konzernunternehmen. Dieses sogenannte Tannenbaum- prinzip (vgl. Lutz und Eidel 2000, S. 25) besagt, dass auf jeder Stufe des Konzerns ein Konzernabschluss aufgestellt werden muss. Durchbrochen wird das Tannenbaumprinzip durch die Vorschriften des § 291 HGB. Teilkonzernabschlüsse müssen dann nicht aufge- stellt werden, wenn der Teilkonzern bereits in den Konzernabschluss der Mutter einbe- zogen ist, die ihren Sitz im Europäischen Wirtschaftsraum (EU Staaten und Norwegen, Island und Liechtenstein) hat. Um Investoren und Gläubiger zu schützen, gilt diese Befreiung nicht, wenn der Teilkonzern kapitalmarktorientiert ist bzw. Minderheitseigner widersprechen (§ 291 Abs. 3 HGB). Im Fall des Schrauben und Nagel Konzerns wirkt die Befreiung für beide Teilkonzerne, sowohl der deutsche Schraubenkonzern als auch

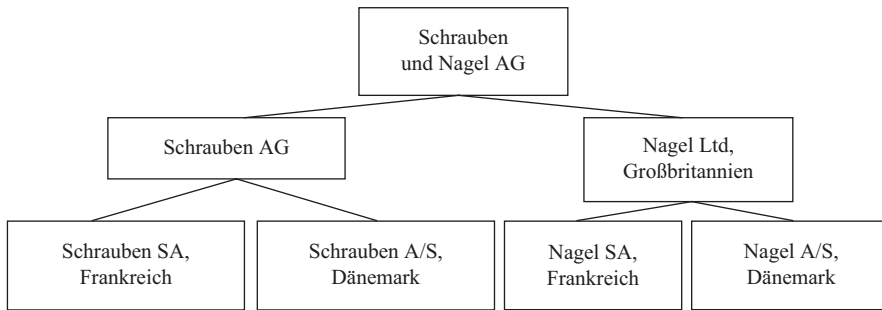


Abb. 2.3 Konzernstruktur eines mehrstufigen Konzerns

die britische Nagel Ltd. können sich auf den von der deutschen Schrauben und Nagel AG als Muttergesellschaft aufzustellenden Konzernabschluss berufen und müssen keinen eigenen Teilkonzernabschluss aufstellen.

Zur Entlastung kleiner Konzerne gibt es größenabhängige Befreiungen, die in § 293 HGB geregelt sind. Die Größenkriterien werden regelmäßig angepasst, um der Geldentwertung Rechnung zu tragen. Zuletzt geschah dies mit der Umsetzung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRuG), das Mitte 2015 in Kraft getreten ist. Zwei von drei genannten Kriterien müssen an zwei aufeinanderfolgenden Bilanzstichtagen erfüllt sein, wobei nicht die gleichen Kriterien erfüllt sein müssen (vgl. Buchholz 2016, S. 176 f.). Es gibt zwei verschiedene Berechnungsmöglichkeiten für die Kriterien:

- Bruttomethode (oder additive Methode): Die Größen der einzelnen Konzernunternehmen werden einfach aufsummiert, Doppelzählungen werden nicht berücksichtigt.
- Nettomethode: Die Größen werden bereits saldiert, so dass z. B. die Doppelzählungen im Kapital berücksichtigt werden. Im Endeffekt muss also hier bereits eine Art Prokekonzernabschluss (vgl. Buchholz 2016, S. 176) aufgestellt werden, der viel Arbeit erfordert.

Die Unternehmen können die für sie günstigste Methode anwenden. Daher kann man davon ausgehen, dass in der Praxis die aufwändige Nettomethode nur dann Anwendung findet, wenn es aufgrund großer Nähe zu den Befreiungsgrenzwerten zwingend notwendig ist. In Tab. 2.3 sind die Größenklassen dargestellt.

Um Investoren zu schützen, gilt die Befreiung – genau wie bei den Teilkonzernabschlüssen – nicht für kleine Konzerne, die kapitalmarktorientiert sind. Kapitalmarktorientiert sind Konzerne dann, wenn Anteile oder Schuldtitel an einem geregelten Kapitalmarkt zum Handel zugelassen sind (vgl. Burger et al. 2006, S. 113).

Daneben gibt es noch die Erleichterungen des § 296 HGB, die für diejenigen Fälle gelten, in denen:

Tab. 2.3 Größenkriterien zur Befreiung von der Aufstellungspflicht nach § 293 HGB

Kriterium	Bruttomethode	Nettomethode
Bilanzsumme	≤ 24 Mio. €	≤ 20 Mio. €
Umsatzerlöse	≤ 48 Mio. €	≤ 40 Mio. €
Arbeitnehmerzahl	≤ 250	≤ 250

- Die Rechte des Mutterunternehmens an Vermögen und Geschäftsführung nachhaltig beeinträchtigt sind (§ 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB), z. B. wenn aufgrund politischer Unruhen in einem Land keine tatsächliche Verfügung über die Tochtergesellschaft besteht.
- Die Kosten oder die Zeitverzögerung zur Informationsbeschaffung unverhältnismäßig sind (§ 296 Abs. 1 Nr. 2 HGB).
- Die Anteile der Tochtergesellschaft ausschließlich zur Weiterveräußerung gehalten werden (§ 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB).
- Das Tochterunternehmen für die den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung ist. Trifft dies auf mehrere Tochtergesellschaften zu, so sind diese in ihrer Gesamtheit zu betrachten (§ 296 Abs. 2 HGB).

Wird eine der Erleichterungen des § 296 HGB in Anspruch genommen, so sind diese im Konzernanhang zu begründen. Alle Erleichterungen sind Wahlrechte.

Für die Aufstellung des Konzernabschlusses haben Konzerne gemäß § 290 Abs. 1 Satz 1 HGB fünf Monate Zeit. Für kapitalmarktorientierte Konzerne verkürzt sich diese Frist auf vier Monate (§ 325 Abs. 4 Satz 1 HGB).

Ein Problem kann immer dann entstehen, wenn die Befreiung von der Aufstellungspflicht beispielsweise durch ein Überschreiten der Größenkriterien wegfällt. Der Zeitpunkt ab dem ein Konzernabschluss aufgestellt werden muss, ist wichtig, da sich danach die Zeitwerte bestimmen und Abschreibungsdauern ableiten. Aus diesem Grund kann der Zeitpunkt, ab dem konsolidiert wird, erhebliche Ergebnisauswirkungen haben (vgl. Landgraf et al. 2012, S. 335 ff.).

2.2.3 Aufstellungspflicht nach den IFRS

HGB und IFRS gründen ihre Regeln zur Zusammensetzung des Konsolidierungskreises auf dem Control Konzept. 2011 hat der IASB den IFRS. 10 veröffentlicht, der die bisherigen Standards zur Bestimmung des Konsolidierungskreises ersetzt hat (vgl. Stamm und Giorgini 2012, S. 8 ff.). Das Mutterunternehmen muss Macht („power“) haben, um die Tätigkeiten des Beteiligungsunternehmens zu bestimmen. Außerdem muss das Mutterunternehmen auf variable Ergebnisbestandteile des Tochterunternehmens haben. Die Konsolidierungspflicht ergibt sich dann, wenn diese beiden Elemente miteinander verknüpft sind, also das Mutterunternehmen die Höhe der variablen Ergebnisbestandteile

aus dem Unternehmen beeinflussen kann (link between power and variable returns). Dabei kann diese Möglichkeit nicht nur aus einer Mehrheit der Stimmrechte erwachsen, sondern auch aus anderen vertraglichen Rechten. Es ergibt sich also die Notwendigkeit einer komplexen Analyse von Rechten und Pflichten zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft.

Ausnahmeregelungen, wie sie nach den Konsolidierungsvorschriften des HGB vorgesehen sind, gibt es nach IFRS grundsätzlich nicht. IFRS. 5.A6 schreibt sogar vor, dass eine Konsolidierung in dem Fall erfolgen muss, dass eine Beteiligung allein zum Zwecke der Weiterveräußerung erworben wurde. In der Kommentarliteratur wird aber meist ein Wahlrecht für die Einbeziehung von Tochterunternehmen aus Kosten-Nutzen Überlegungen bzw. aus Wesentlichkeitsgründen bejaht (vgl. Lüdenbach et al. 2017, § 32 Rn. 104). Außerdem steht zu erwarten, dass der IFRS in näherer Zukunft seine sehr restriktive Haltung bezüglich des Konsolidierungskreises aufgibt und Erleichterungen für Unternehmen künftig zulassen wird (vgl. Landgraf et al. 2012, S. 336 f.).

Es war das Bestreben des deutschen Gesetzgebers mit der Veröffentlichung des BilMoG die Regln zur Aufstellungspflicht zu vereinheitlichen. Mit der Neuregelung in den IFRS mit der Verabschiedung des IFRS. 10, der ab 2013 gilt, ergibt sich aber wiederum ein Auseinanderfallen (vgl. Küting 2012, S. 2821 f.), so dass das Ziel des Gesetzgebers nicht erreicht worden ist.

Rechtlich ist die Aufstellungspflicht nach IFRS für deutsche Unternehmen allerdings ohne Belang. Die Pflicht zur Aufstellung bestimmt sich ausschließlich nach den deutschen Vorschriften des HGB (vgl. Landgraf et al. 2012, S. 335 f.).

2.3 Die Bestandteile des Konzernabschlusses

Welche Bestandteile zum Konzernabschluss dazugehören, bestimmt sich nach dem einschlägigen Rechnungslegungsstandard. Das HGB erlaubt nicht-kapitalmarktorientierten ein Wahlrecht den Konzernabschluss nach HGB oder nach IFRS aufzustellen. Kapitalmarktorientierte Konzerne müssen nach IFRS bilanzieren (vgl. Abb. 2.4).

Wird von einem nicht-kapitalmarktorientierten Konzern das HGB als Rechnungslegungsvorschrift gewählt, gehören zum Konzernabschluss verpflichtend die folgenden Bestandteile:

- Konzernbilanz,
- Konzern Gewinn- und Verlustrechnung,
- Konzernanhang,
- Eigenkapitalveränderungsrechnung,
- Kapitalflussrechnung.

Daneben besteht ein Wahlrecht, eine Segmentberichterstattung aufzustellen. Ein Segmentbericht stellt die Teilbereiche des Unternehmens in strukturierter Form mit qualitativen und

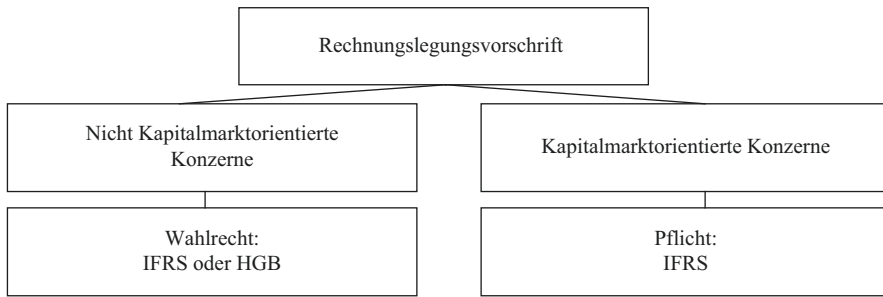


Abb. 2.4 Anwendung von Rechnungslegungsvorschriften. (Vgl. Buchholz 2016, S. 180)

quantitativen Daten dar. Dies ist i. d. R eine Aufteilung des Unternehmens in Geschäftsbe-
reiche oder Regionen (vgl. Rogler 2009, S. 501). Außerdem ist ein Konzernlagebericht zu
erstellen, der eine Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage des Kon-
zerns enthalten muss nebst der voraussichtlichen Entwicklung mit ihren zukünftigen Chan-
cen und Risiken. Der Konzernlagebericht ist selbst aber nicht Teil des Konzernabschlusses.

Erläutert wird die Konzernlageberichterstattung im DRS. 20 (vgl. Wollmert und Oser
2013, S. 63 ff.). Hier werden die folgenden Berichtselemente genannt, die ein Konzern
behandeln sollte:

- Grundlagen des Konzerns,
- Wirtschaftsbericht,
- Nachtragsbericht,
- Prognose-, Chancen- und Risikobericht,
- Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Konzern-
rechnungslegungsprozess,
- Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten,
- Übernahmerelevante Angaben,
- Erklärung zur Unternehmensführung (nach § 289a HGB) und
- Versicherung der gesetzlichen Vertreter.

Diese Berichtselemente müssen je nach Unternehmen noch um branchenspezifische
Elemente ergänzt werden, so für Kreditinstitute und Versicherungen. Der Bericht sollte
vollständig sein, verlässlich und ausgewogen, klar und übersichtlich, nur wesentliche
Informationen enthalten. Die Informationen sollten dabei abgestuft gegeben werden
(Grundsatz der Informationsabstufung). Bei größeren Unternehmen sollte der Umfang
und der Detaillierungsgrad höhere Anforderungen erfüllen als bei kleineren Unterneh-
men. Die Informationen sollten zudem immer die Sicht der Konzernleitung vermitteln.

Besonders schwierig ist es, dabei der Prognoseteil des Konzernlageberichts abzubil-
den. Der DRS. 20 verlangt von Konzernen, dass ein Prognosehorizont von mindestens
einem Jahr gerechnet vom letzten Abschlussstichtag abgedeckt wird. Aussagen sind so

zu treffen, dass die Richtung von Entwicklungen (positiver oder negativer Trend) und ihre Intensität (stark, mittel, leicht etc.) angegeben werden. Nur bei außergewöhnlich hoher Unsicherheit kann von diesen Vorgaben abgewichen werden. Empirische Untersuchungen zeigen allerdings, dass Unternehmen sich mit der Umsetzung dieser Vorgaben sehr schwer tun und die entsprechenden Berichte erhebliche Defizite aufweisen (vgl. Eidel und Strickmann 2013, S. 2038).

Nach den IFRS sind die gleichen Bestandteile Teil des Konzernabschlusses. Für nicht-kapitalmarktorientierte Gesellschaften ist lediglich keine Segmentberichterstattung vorgesehen, während diese für kapitalmarktorientierte Gesellschaften verpflichtend erstellt werden muss. Ein Konzernlagebericht ist nicht zwingend vorgesehen. Im Dezember 2010 wurde aber ein Practice Statement „Management Commentary“ veröffentlicht. Dieser enthält aber keine Angaben darüber, welche Unternehmen diesen Kommentar, der starke Ähnlichkeiten zum Lagebericht nach dem HGB hat, erstellen muss. Dies wird den nationalen Gesetzgebern überlassen, genauso wie die Regelung, ob der Management Commentary auch einer Prüfung zu unterziehen ist oder nicht (vgl. ausführlich Kajüter und Fink 2012, S. 247 ff.).

2.4 Die Grundsätze der Konzernrechnungslegung

2.4.1 Die Einheitstheorie

Die bereits zu Eingang des Kap. 2 erwähnte Generalnorm des HGB für die Konzernrechnungslegung in § 297 HGB bestimmt, dass für den Konzernabschluss die rechtliche Vielheit überwunden und die wirtschaftliche Einheit des Konzerns stattdessen in den Mittelpunkt gestellt werden muss. Damit bekennt sich das HGB zur Einheitstheorie (Entity Concept) als Leitmaxime für die Konzernrechnungslegung. Die Einheitstheorie unterstellt, dass alle Anteilseigner eines Konzerns gleichgerichtete Interessen haben. Minderheitsgesellschafter werden wie die Mehrheitsgesellschafter behandelt, ihr Anteil wird im Eigenkapital angegeben. Die Schrauben AG ist das Mutterunternehmen der Nieten AG, die Nieten AG hat aber noch einen externen Aktionär, der Anteile in Höhe von 20 % hält. Nach der Einheitstheorie wird der Minderheitenanteil als solcher im Eigenkapital des Konzerns ausgewiesen.

Alternativ gibt es die Ansicht der Interessentheorie (Parent Company Concept). Diese unterstellt ungleiche Interessen der an einem Konzern beteiligten Gesellschafter. Die Interessentheorie gestaltet den Konzernabschluss aus dem Blickwinkel der Gesellschafter der Muttergesellschaft und behandelt die Minderheitsaktionäre wie Fremdkapitalgeber. In unserem Beispiel würde der Minderheitenanteil von 20 % als Fremdkapital ausgewiesen (vgl. Haaker 2006, S. 451 f.). Die Interessentheorie betrachtet den Konzern allein mit den Anteilen, die die Eigner der Muttergesellschaft halten. Nur deren Einflussbereich wird dargestellt. Minderheitsgesellschafter werden konsequent als Fremde betrachtet. Im HGB und in den IFRS wird im Grundsatz der Einheitstheorie gefolgt,



<http://www.springer.com/978-3-662-55777-8>

Konzerncontrolling

Behringer, S.

2018, VIII, 263 S. 53 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-662-55777-8